

Helft den Mietern

beim Widerstand gegen den Verkauf der Nassauischen Heimstätte

In ganz Hessen sind Mieter in großer Sorge. Die CDU/FDP-Landesregierung plant den Landesanteil an der Wohnungsbaugesellschaft Nassauische Heimstätte (56%) zu verscherbeln. Wohnungspolitik würde nicht zu den Kernaufgaben einer Landesregierung gehören, wird behauptet. Abgesehen davon, dass Wohnen ein Menschenrecht ist, fällt diese dümmliche Begründung der Bouffier/Hahn-Truppe nun nach 90 Jahren ein. Denn die NH wurde im Jahr 1922 gegründet. Und natürlich sind staatseigene Weingüter und die Geweissammlung eines bankrotten Fürsten viel wichtigere Landesaufgaben als Mietwohnungen.

Gleichzeitig versuchte Minister Schäfer, Beruhigungspillen auszuteilen. Man würde ja nur an öffentliche Eigentümer verkaufen wollen, so zum Beispiel an die Gesellschaft GWH. Doch die ist eine Tochter der Landesbank Hessen/Thüringen und deren oberstes Geschäftsziel heißt Profit, und zwar größtmöglichen Profit. Das kann also keine Lösung sein. Jetzige Aktivitäten wie viele „Projekte Soziale Stadt“ oder Verbesserungen des Wohnumfelds in Siedlungen wären dann nicht mehr drin. Denn die, so bescheiden sie auch sind, bringen keinen Profit, also weg damit. Sogar der Bereich Stadtentwicklung der NH wäre aus dem gleichen Grund massiv bedroht. Auch ein angedachter Kauf durch einzelne Städte (z.B. Frankfurt oder Wiesbaden) kann keine befriedigende Lösung sein. Die Mieter der anderen Kommunen wären nach dem Herauslösen dieser „Filetstücke“ die doppelt angeschmierten.



Fakten zur Nassauischen Heimstätte:

Gegründet 1922

Bestand: 61.600 Wohnungen

in 148 Kommunen

675 Mitarbeiter

ca. 2/3 der Mieter sind über 50 Jahre

Wie sieht das konkret im **Main-Kinzig-Kreis** aus? Die Nassauische Heimstätte besitzt bei uns mehrere Tausend Wohnungen in acht Kommunen, die meisten davon in Hanau. Mehrere Hundert gibt es aber auch in Maintal, Erlensee, Gelnhausen und Großkrotzenburg. Etliche befinden sich noch in der „Sozialbindung“. Da die meisten, einigermaßen preisgünstigen Wohnungen in den 60er-Jahren des vorigen Jahrhunderts gebaut wurden, ist der Anteil von Rentnern unter den Mietern wesentlich höher als im Durchschnitt der Bevölkerung. Hier will die Landesregierung auf dem Rücken von weniger gutbetuchten und älteren Menschen ihre schäbige Politik durchziehen.

Online-Petition der Mieter

Gegen diese Politik haben zu allererst die Beschäftigten der Nassauischen Heimstätte Front gemacht. Der Gesamtbetriebsrat und ihre Vertreter im Aufsichtsrat der NH begründeten mit guten Argumenten Stellungnahmen gegen den Verkauf. In die gleiche Richtung argumentierten auch der hessische DGB und die Mieterverbände. Danach wurden in verschiedenen Bereichen die Mieter aktiv. Sie sammeln Unterschriften und stellten eine Online-Petition ins Netz. (Deshalb auch die Bitte: Unterschreiben auch Sie diese wichtige Petition:

<http://openpetition.de/petition/online/stoppt-den-verkauf-der-nassauischen-heimstaette>).

Die kommunalen Vertreter, die ja eigentlich für die Bürger eintreten sollen, verhalten sich sehr widersprüchlich. Während das Stadtparlament in **Frankfurt** sich aufgrund eines Antrags von CDU und Grünen, sich mit großer Mehrheit gegen diesen Sozialabbau aussprach, versagten die **Hanauer** Abgeordneten, mit Ausnahme von der Fraktion von Die Linke, auf ganzer Linie. Mit dem dauerfotografierenden Oberbürgermeister Kaminsky an der Spitze wollen sie lediglich eine Information an die Mieter verlangen. Trotz der Stellungnahmen der Landesparteien gegen den Verkauf wollten das in der Brüder-Grimm-Stadt weder SPD noch

Grüne mittragen. Sie nahmen damit Rücksicht ihren Partner in der Viererbande (genannt Viererbündnis) FDP. Diese mittlerweile Minitruppe, die ja nicht zufällig etliche Immobilienmakler und Spekulanten in ihren Reihen hat, tritt seit 2003 für den Verkauf ein.

Wesentlich anders sieht die Situation in **Maintal** aus. Dort sind Mieter, der örtliche DGB und die Wählervereinigung WAM seit den ersten Verlautbarungen kurz vor Weihnachten 2011 gegen den Verkauf auf den Barrikaden. Da man in der zweitgrößten Stadt des Main-Kinzig-Kreises schon die übelsten Erfahrungen mit Wohnungsverkäufen gemacht hatte, und der DGB Ortsverband schon seit zwanzig Jahren in der Problematik aktiv ist, war eine Mobilisierung der Öffentlichkeit wirkungsvoll möglich. Dort hatten auch Mieter der NH die oben genannte Online-Petition gestartet. Unterschriftenlisten liegen in etlichen Geschäften aus.

Eine interessante Dokumentation zur Nassauischen Heimstätte (auch mit geschichtlichem Hintergrund der Auseinandersetzung) hat die DKP Main-Kinzig herausgebracht. Zu beziehen über:

dkp-main-kinzig@dkp-hessen.de

Auf erste Stellungnahmen der WAM (Wahl Alternative Maintal – Soziale Gerechtigkeit) gab es von Seiten der anderen Fraktionen noch keine Reaktion. Doch nach deren Nachfassen, sprachen sich SPD, Grüne und GAM (eine Abspaltung von den Grünen) gegen die Absicht der Bouffier/Hahn-Truppe aus. Auf Anregung der WAM kam es zu einem gemeinsamen Antrag von SPD, WAM und GAM, die zusammen eine knappe Mehrheit im Stadtparlament innehaben. Dieser Antrag beinhaltet sehr konkrete Arbeitsschritte gegen den Verkauf, die der Magistrat unternehmen soll, um den Widerstand weiter zu entwickeln. An CDU und (Rest)Grüne erging die Aufforderung, sich diesem Antrag anzuschließen.

Hatte Bürgermeister Rohrbach (CDU) noch Anfang Januar die unsinnige These vertreten, man wolle erst einen Beschluss des Landtags abwarten, so sah das nach dem Druck aus der Bevölkerung Ende des Monats schon ganz anders aus. In einem Brief an Finanzminister Schäfer (CDU) sprach sich nun der Maintaler Magistrat gegen den Verkauf aus. Er wies dabei auch auf die sozial-schädlichen Folgen des Vorhabens hin. Das zeigt deutlich, wenn die Menschen auf die Tube drücken und aktiv für ihre Interessen eintreten, kommt auch etwas dabei heraus. Mittlerweile gibt es etliche Initiativen, Gruppen und sogar Fraktionen in den betroffenen Kommunen, die dem Maintaler Beispiel nacheifern wollen. Der wichtige Kampf der Mieter geht weiter.

Che würde UZ lesen



Wer will, dass es so wie es ist nicht bleibt, der braucht Wissen. Wissen, das nicht manipuliert ist. Denn die herrschende Presse ist die Presse der Herrschenden. Sie gehört ihnen und wird von ihnen finanziert. Dagegen steht die UZ, die DKP-Zeitung.

Und hier unser Angebot:

Die UZ 4 Wochen kostenlos zur Probe

Und hier kann man bestellen:

uzabo@t-online.de

oder direkt beim Verlag:
CommPress Verlag GmbH
Hoffnungstraße 18
45127 Essen

Ein kleiner. aber mutiger Schritt.